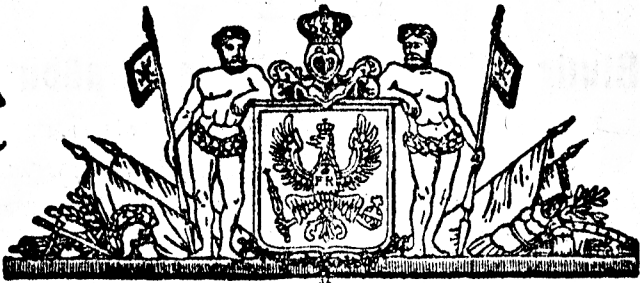


Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): V. Rolf Gallier in Berlin

Sauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 281

Wiederherstellung der Zollgrenze am Rhein.

Oesterreichs Verhältnis zum Reich

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Wien, 25. Juli.

Die großdeutschen Abgeordneten Müller-Gutenbrunn und Genossen werden in der morgigen Sitzung der Nationalversammlung an den Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Bauer über das Verhältnis Deutsch-Oesterreichs zum Deutschen Reich die offizielle Anfrage stellen:

„Die Deutsch-Oesterreichische Staatskorrespondenz“ veröffentlichte am 19. d. M. eine Darstellung über den Stand der mangelhaften Belieferung Oesterreichs mit Kohlen durch die dazu verpflichteten Staaten, und darin heißt es: „Die deutsch-Oesterreichische Regierung ist mit den Regierungen der alliierten Mächte in Verbindung getreten, damit unverzüglich auf die Tschecho-Slowakei, die polnische und die deutsche Regierung Einfluß genommen werde, daß in wenigen Tagen die Kohlenzuläufe nach Wien erheblich gesteigert werden.“ Im weiteren Verlauf dieser Darstellung wird wörtlich gesagt: „Da die Länder, die zur Lieferung an Deutsch-Oesterreich verpflichtet sind, nämlich Deutschland, die Tschecho-Slowakei und Polen, ihren Verpflichtungen bisher nicht nachgekommen sind, ein direktes Verhandeln aber trotz aller Bemühungen, welche vom Staatsamt für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten entfaltet wurden, nicht möglich war, bleibt kein anderes Mittel übrig, als den Rechtspruch der alliierten Mächte, unter deren Patronanz die Verpflichtungsvereinbarungen dieser Staaten zustande gekommen sind, in Anspruch zu nehmen.“

Wir richten hiermit (so fährt die Anfrage Müller-Gutenbrunn fort) an den Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten die Anfrage, ob unser Verhältnis zu Deutschland bereits ein solches geworden ist, daß wir die Hilfe der Entente nötig haben und es zur Einhaltung einer uns gegenüber eingegangenen Verpflichtung zu mahnen, und wenn nicht, wie es geschehen konnte, daß das Deutsche Reich in solcher Weise bloßgestellt und durch einen Stoß in den Rücken von der deutsch-Oesterreichischen Regierung angefallen wurde. Auf Grund des Gesetzes vom 12. März 1919 über die Staatsform, Artikel 1. Punkt 2, ist Deutsch-Oesterreich ein Bestandteil des Deutschen Reiches. Wenn dieses Gesetz auch bisher nicht erfüllt werden konnte, so bilden doch seine Verfassung und die Zukunftshoffnungen des gesamten deutschen Volkes seinen Grundstein. Wie konnte es dahin kommen, daß ein direktes Verhandeln mit Deutschland in der Kohlenfrage unmöglich geworden ist und daß kein anderes Mittel übrig blieb, es an seine Pflicht zu mahnen als ein Appell an unsere und Deutschlands Freunde?“

Unserer Ansicht nach ist die Angelegenheit nicht ganz so tragisch zu nehmen, wie die großdeutschen Abgeordneten es in gewiß guter Absicht tun. Das Ansuchen an die Entente, bei der Tschecho-Slowakei und Polen, zugleich aber auch bei Deutschland vorstellig zu werden, ist natürlich sehr als ein Laifehler und bedarf unbedingt einer Aufklärung, die auch Staatssekretär Dr. Bauer gewiß nicht schuldig bleiben wird. Aber wahrheitsgemäß hat die große Notlage des Wiener Schahamt für Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten etwas der Kopf verlieren lassen, so daß es ganz unüberlegt hinsichtlich der Kohlenlieferung Deutschland mit der Tschecho-Slowakei und Polen nannte. Denn wie oft ist von deutsch-Oesterreichischer Regierungsseite anerkannt worden, daß allein die deutsche Kohlenzufuhr reichlich einleif. Wenn jetzt die Versprechungen nicht voll eingehalten werden konnten, waren daran die Arbeitskräften in den Grubenbezirken und der Wozanmanuel schuld. Freilich behindert uns auch die geringe Zahlungsfähigkeit Wiens — das Anschlußverbot macht sich immer härter für das unabhängige aber in seiner Unabhängigkeit wirtschaftlich gar nicht lebensfähige Deutsch-Oesterreich fühlbar.

Wien, 25. Juli.

Die großen wirtschaftlichen Körperschaften haben eine Rundgebung gegen die Friedensbedingungen beschlossen. In der es heißt: „Die vereinigten Körperschaften haben beschlossen, der Friedensdelegation in St. Germain die verhängnisvollen Folgen der Friedensbedingungen für unsere staatliche Existenz und unser Wirtschaftsleben in eingehend bearbeiteten Darlegungen zu schildern, um zu bewirken, daß derartige Bedingungen nicht bloß gegen jedes Recht und gegen jedes Gebot der Menschlichkeit verstoßen, sondern angesichts der völligen Aufhebelung der tatsächlichen Tragfähigkeit Deutsch-Oesterreichs undurchführbar wären.“

Rotterdam, 25. Juli.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist der Oesterreichischen Delegation eine Note überreicht worden, in der gesagt wird, daß die Wiederherstellungskommission Deutsch-Oesterreich Lebens-

mittel und Rohstoffe beschaffen wird, aber nur, wenn die Oesterreichische Regierung die von der Tschecho-Slowakei geforderten Waffen und Munition liefert. Oesterreich würde dafür Kohlen von der Tschecho-Slowakei erhalten.

Die Zollgrenze im Westen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

AD Köln, 25. Juli.

Wie ich von unterrichteter Seite höre, hat die Entente bei den in Versailles geführten wirtschaftlichen Verhandlungen ihre Zustimmung gegeben, die alte Zollgrenze in der Rheinprovinz wieder herzustellen.

Koltschaks Niederlage im Ural.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

mb Stockholm, 25. Juli.

Aus russischer Quelle wird mir gemeldet: Am seine Route, stark bedrohte Plante zu entlasten, hatte Koltschak den Peninsulischen Truppen einen Vorstoß nach Nordosten gegen Astrachan angedroht. Dieser Vorstoß ist, wie schon gemeldet wurde, mißlungen. Denks wurde nach dreitägigem Kampfe von der 11. Sowjetarmee nach dem Stawropolschen Gouvernement zurückgeworfen, unter Verlust von 2000 Gefangenen und 15 Geschützen. Gleichzeitig haben die an beiden Seiten der Eisenbahn Samara-Ufa operierende bolschewistische 2. und 6. Armee ihrerseits eine weitere Offensive gegen Koltschaks eigene Truppe ergriffen. Die 2. Armee überfällt den Ural und drängt auf Irbit vor, während die 6. Armee sich gegenwärtig nur noch 10 Kilometer vor Uralsk befindet, dessen Fall unmittelbar bevorsteht, und den Sowjettruppen den Weg nach Drenburg öffnen würde.

Der Kaiserprozeß nicht in London?

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

os Rotterdam, 25. Juli.

Aus London wird gemeldet, daß Lord Curzon bei den Debatte über den Friedensvertrag im Oberhause mitteilte, es sei möglich, daß der Kaiserprozeß nicht in London stattfinden würde. Curzon war auch der Ansicht, die öffentliche Meinung würde dadurch gereizt werden, aber er erklärt trotzdem, daß der Beschluß des Kaiserprozesses durch alle Alliierten einstimmig angenommen wäre, da sie der Meinung wären, der Kaiser müßte vor einen besonderen Gerichtshof kommen und, wenn seine Schuld erwiesen sei, auch bestraft werden. Curzon sagte, es wäre die Frage, ob das was man gekämpft hat, wirklich sicher sei solange der Kaiser lebe, wo er sich jetzt befindet.

Die Reuter aus London meldet, hat das Oberhaus in allen Befugungen einstimmig den Friedensvertrag und den englisch-französischen Vertrag angenommen.

Beilegung des englischen Bergarbeiterstreiks?

Meldung des Reuterschen Büros.

London, 25. Juli.

Es verlautet, daß eine friedliche Regelung mit den Bergarbeitern wahrscheinlich noch heute zustandekommt.

Amsterdam, 25. Juli.

Der „Telegraaf“ meldet aus London: Es besteht Grund zur Annahme, daß der Bergarbeiterstreik vor Ende dieser Woche beendet sein wird. Die gestrige Konferenz beim Ministerpräsidenten hat gute Dienste geleistet. Die Regierung kommt den Bergarbeitern möglichst entgegen, indem sie vorschlägt, daß die Stückerbeiter bei einer um höchstens zehn Prozent geringeren Leistung und siebenstündiger Arbeitszeit nicht weniger verdienen sollen, als bei achtstündiger Arbeitszeit. Dies entspricht grundsätzlich dem Beschluß der Leiter der Bergarbeiterorganisationen. Der Verband hat später noch beraten; sein Beschluß ist noch nicht bekannt. Doch werden die Bergarbeiter in Northire das Angebot nicht annehmen. Der Streik dahnt sich nicht mehr aus.

Die Republik Rheinland.

Von Alfred Dambitsch.

Sonderberichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

Köln, Ende Juli.

Ich habe schon in meinem ersten Briefe erwähnt, daß Köln ein Schieferparadies geworden ist und daß es hier zahlreiche Existenzen gibt, die die Zeitraum von einigen Minuten Tausende, ja Hunderttausende verdienen. Wer selbst wenn man absteigt von diesen Erscheinungen einer durch die Ueberproduktion unkontrollierbarer Gelehe ausgezeichneten Zeit, so muß man zu seiner Freude feststellen, daß das gewerbliche Leben sich im Zustand üppigen Blühens befindet. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Köln auf die geringe Ziffer von 6000 zurückgegangen, darunter befinden sich 3000 Mädchen, die größtenteils während des Krieges als Munitionsarbeiterinnen beschäftigt waren und die heute kein Arbeitgeber mehr einstellen will, die auch sich für hauswirtschaftliche Dienste nicht eignen. An ungelerten Arbeitern herrscht sogar ein deutlich empfundener Mangel. Die Zahl der stellungslosen Handelsangestellten beträgt 1200 und geht ständig zurück. Unter ihnen befinden sich recht viele alte Leute. Daraus geht schon hervor, daß auch der Handel gute Zeiten hat.

Das alles kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Wohlergehen leider von kurzer Dauer sein wird, denn die Rheinlande sind im Austausch sowohl der Rohprodukte wie der Fertigungsfabrikate nach sorgfältigen Feststellungen der Handelskammern zu 75 bis 80 v. H. von dem zwanglosen Verkehr mit dem rechtsrheinischen Deutschland abhängig, und dieser Verkehr ist gefährdet, wenn nicht die Verbindung zwischen den Landen rechts und links des Rheins politisch und wirtschaftlich so eng wieder angeknüpft wird, wie es bis zum November 1918 der Fall war.

Augenblicklich herrscht ein nahezu gefloher Zustand hinsichtlich des Grenzverkehrs. Die unmittelbar aus Frankreich kommenden Waren werden nur zum Teil an der Grenze verzollt, und über Elßaß-Lothringen fluten ganz offenbar unverzollte Güter in Mengen herein. Gewiß bestimmte Bestimmungen, nach denen zwar die elßaß-lothringische Produktion unverzollt nach Deutschland gehen darf, die von außen kommenden Erzeugnisse jedoch vom französischen Douanier mit den gesetzlichen Zögen belegt werden müssen. Es herrscht aber hier in kaufmännischen und behördlichen Kreisen die Ueberzeugung, daß diese Bestimmung nicht erfüllt wird.

Es wäre verhängnisvoll für das linksrheinische Gebiet, wenn etwa in Zukunft der Rhein die Zollgrenze bilden sollte, und es ist mir von hochgestellten hiesigen Verwaltungsbeamten die helle Empörung darüber zum Ausdruck gebracht worden, daß angeblich selbst in offiziellen deutschen Kommissionen ein derartiger Vorschlag kürzlich gemacht worden sei.

Was unsere bisherigen Forderungen in dieser Beziehung vorhaben, kann man nicht wissen. Die nach Köln kommandierten höheren Offiziere sind durchweg anständige Männer von loyaler Gesinnung gegenüber den rheinischen und deutschen Lebensinteressen, und sie haben meinen Gewährskleuten gegenüber die Versicherung abgegeben, daß keineswegs der Plan bestehe, das deutsche Gebiet vom übrigen Deutschland politisch und wirtschaftlich zu trennen. Aber wir deutschen Politiker haben immer den Fehler begangen, daß wir den Versicherungen einzelner Persönlichkeiten ein zu starkes Gewicht beigelegt haben. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die großen Richtlinien der uns gegenüber einzuschlagenden Politik nach langfristigen, unerbittlichen Plänen in Paris und London festgelegt werden und wohl schon festgelegt sind. Bei allen maßgebenden Persönlichkeiten, mit denen ich bisher Gelegenheit zur Unterhaltung dieser brennenden Frage gehabt habe, ist mir immer der dringende Wunsch geäußert worden, daß die deutsche Regierung, die deutsche politische Öffentlichkeit sich endlich frei von allen Illusionen machen und den ersten Tatsachen frei ins Gesicht blicken müßte. Es ist mir immer übernehmend der überzeugte Glaube entgegengetreten, daß Frankreich und England nicht damit rechnen, das linksrheinische Land jemals wieder zu verlassen, daß zwar keine Annexion, aber die Schöpfung eines neutralen Staates, die politische Trennung vom übrigen Deutschland dort ins Auge gefaßt wird. Es wird ernstlich befürchtet, daß das linksrheinische Revolver einschließlich der Brückenköpfe als Handelsobjekt mit Deutschland geopfert werden würde, daß es als Kommenfaktor dienen solle für die untilgbare Schuld, für die nicht erfüllbaren Friedensbedingungen, die von unserm Gegner in der Absicht gemacht worden sind, daß sie nicht erfüllt werden können. Als Gegenmaßnahme gegen diese Tendenzen müßte Deutschland wenigstens die Stimmung der Bevölkerung für sich haben.

Diese Auffassungen lassen sich vom Standpunkt ruhiger politischer Erwägung kaum halten. Aber an solchen Stimmungsbildern dürfen alle diejenigen nicht vorbeigehen, die in den Frauen der Bildung einer rheinischen Republik mitsprechen und mitwirken. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß man von